

Politische Prozesse

Kompetenznachweis

Lernbericht

Eingereicht im Rahmen des Studienganges
Vorgelegt von

Klasse / Semester
Hauptexperte
Datum des Einreichens

Betriebsökonomie
Marietta Hochuli
hochm4@bfh.ch
079 711 42 07
6x / 6. Semester
Dr. Th. Gees
19. Juni 2011

„Volksinitiativen setzen politische Prozesse in Gang“

1. Ausgangslage

In der vorliegenden Arbeit wird die folgende Haupthypothese diskutiert: „Volksinitiativen setzen politische Prozesse in Gang“. Dabei stütze ich mich auf die Referate von Jan Flückiger, Mitbegründer der GLP und Cédric Wermut, JUSO und Vizepräsident der SP. Ich versuche unter anderem anhand der Politik der GLP gegen Atomenergie die These zu erörtern. Zusätzlich stütze ich mich auf den Zusatzartikel „Kampagnen gegen Reiche und Ausländer lösen keine Probleme“, der sich mit Wahlpropaganda befasst. Das neue SP-Programm mit den Eidgenössischen Volksinitiativen „Gegen die Abzockerei“, das Cédric Wermuth angesprochen hat, wird damit in Verbindung gebracht. Mein Ziel ist es, mehr über Initiativen als politische Instrument und deren Einfluss in der Schweiz Politik und Bevölkerung zu erfahren.

2. Situation vor dem Modul

Ich muss gestehen, dass meine politischen Kenntnisse vor dem Modul recht rudimentär waren. Mir war vage bekannt, wie die Schweiz politisch organisiert ist, welche Parteien, welche Politik thematisieren und dass ich als Stimmberechtigte die Möglichkeit habe an Wahlen und Volksabstimmungen teilzunehmen. Daher waren mein Interesse und die Erwartungen an das Modul hoch. Themen wie „Politische Rechte“, die verschiedenen Parteipolitiken und die Instrumente zu deren Ausführung (Propaganda, Initiativen) haben mich besonders angesprochen. Weniger Begeisterung konnte ich für das Kapitel „Ressourcen des Staates“, das hauptsächlich das Schweizer Steuersystem und die Ausgabepolitik thematisiert.

In Hinblick auf die Haupthypothese, war mir bekannt, dass für das Zustandekommen einer Verfassungsinitiative 100'000 Unterschriften aus dem Volk nötig sind. Ich habe in der Vergangenheit bereits Initiativen unterschrieben, diese aber oft nicht weiterverfolgt. Daher mein Interesse dafür, was eine Initiative eigentlich bewirkt.

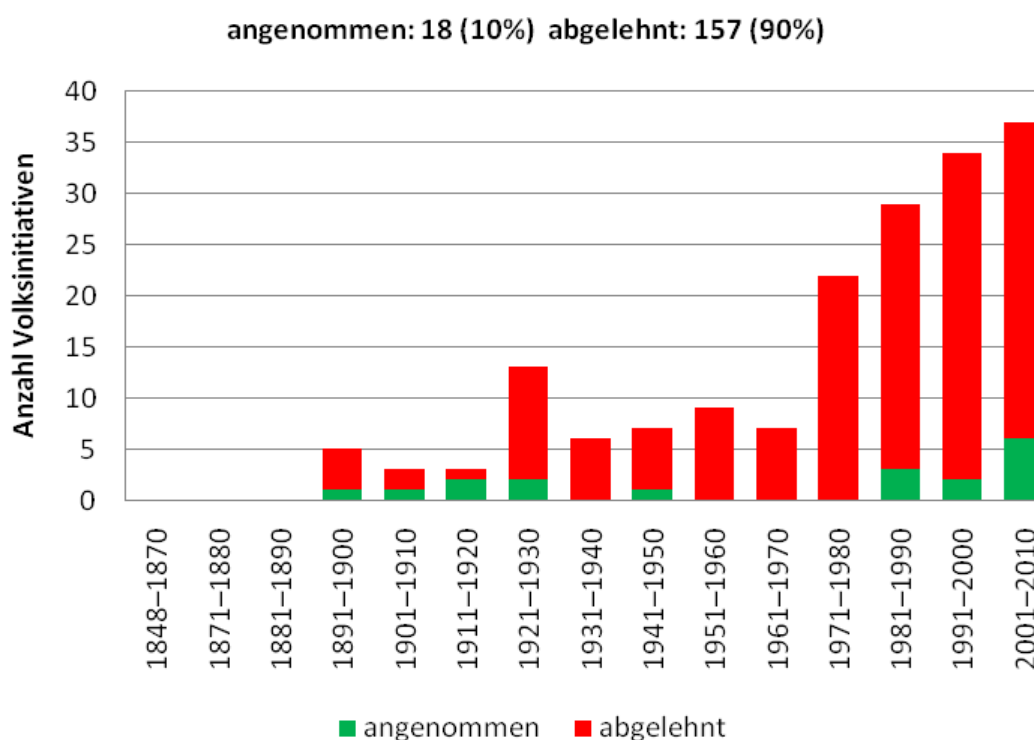
3. Situation nach dem Modul

Ich definiere politische Prozesse als Meinungsbildungsprozess der Schweizer Bevölkerung (mit Stimmrecht) und Politiker zu bestimmten Themen, die schlussendlich zu einer grundlegenden Änderung der Bundesverfassung führen (z.B. Atomausstieg, Armeeabschaffung). Die politische Diskussion in den Medien beeinflusst diesen Prozess massgebend. Politische Parteien nutzen die Medien dazu, der Bevölkerung ihre Position zu vermitteln damit sie sie bei Ihren Interessen unterstützen. Die Parteiidentifikation und -

zugehörigkeit spielt demnach beim Entscheidungsfindungsprozess auch wirkungsgebend mit.

Ein Instrument, um die Bundesverfassung grundlegend zu ändern, ist die eidgenössische Volksinitiative, die 1891 eingeführt wurde. Ab 1971 haben die Initiativen konstant zugenommen. Zwischen 2001 und 2010 wurde über 37 Initiativen abgestimmt, davon waren 13 im Jahre 2010.¹ Politologe Claude Longchamp betitelt die heutige Situation als „Initiativenflut“. Trotzdem sei die Erfolgsquote konstant bei nur 10 Prozent.² Dies entspricht 18 angenommen Initiativen von total 175 seit 1848.³

Darstellung 1: Volksinitiativen in der Schweiz 1848-2010



Quelle: Eigene Darstellung.

Gemäss Claude Longchamp, sind Initiativen, die von mehreren Parteien unterstützt werden oder/und die den Nerv der Bevölkerung treffen, am erfolgsversprechendsten.⁴

Ich denke, um einen politischen Prozess in Gang zu setzten, braucht es zukunftsorientierte Initiativen zur Mobilisierung neuer Tendenzen, auch wenn die Schweiz zu diesem Zeitpunkt noch nicht bereit dafür ist. Über Jahre werden Verhandlungen geführt und neue Initiativen

¹ Bundesamt für Statistik (2011).

² Blumer (2011).

³ Bundesamt für Statistik (2011).

⁴ Blumer (2011).

mit ähnlichem Charakter ergriffen, um die Bevölkerung zu überzeugen.⁵ Die Erfolgchancen eines Durchbruchs werden erhöht, da das Thema im politischen Diskurs ist und die Bevölkerung sich damit auseinandersetzt. Die Einführung des Zivildiensts bestätigt die These. Bereits 1973 wurde ein ziviler Ersatz- anstelle des Militärdiensts gefordert. Der Meinungsbildungsprozess hat Jahrzehnte gedauert bis erst kürzlich dann genau diese Forderung angenommen und eingeführt wurde.⁶

Teil des politischen Prozesses, der durch Initiativen in Gang gesetzt wird, ist auch Parteiidentifikation und -zugehörigkeit. Die NZZ schreibt dazu unter anderem, dass Initiativen als Parteipropaganda eingesetzt werden.⁷ Aber werden Initiativen heute wirklich zum Erfolg für politische Parteien instrumentalisiert? Wenn das so wäre, würde man doch davon ausgehen, dass die meisten Initiativen von Parteien initiiert werden. Die Statistik zeigt jedoch, dass nur eine sehr geringe Anzahl Initiativen von politischen Parteien aufgezogen werden und sich der Anteil nicht massgebend veränderte. Meistens stehen bestimmte Komitees dahinter.⁸ Komitees gelten als aktive Öffentlichkeit und spielen eine bedeutende Rolle, da sie im Gegensatz zu politischen Parteien, spezifische und volksnahe Anliegen in das Bewusstsein der öffentlichen Meinung tragen.⁹ Zum Beispiel hat sich vor rund 15 Jahren ein Komitee von Mediziner erfolgreich für eine kontrollierte Heroinabgabe an therapiewillige Süchtige eingesetzt.¹⁰ Dies geht mit der zentralen Hypothese der Theorie des kollektiven Handelns von Mancur L. Olson einher, die besagt, dass „kleine und mittelgrosse Gruppen mit homogenen Interessen eher in der Lage sind (...) sich zu organisieren und darüber zu versuchen, politische Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen“¹¹. Die Initiative als Teil der Demokratie ermöglicht „allen gesellschaftlichen Interesse den gleichen Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen“.¹²

⁵ In Anlehnung an Anderegg (2011, Folie 28).

⁶ Schweizerische Bundeskanzlei (2011).

⁷ Benini (2011).

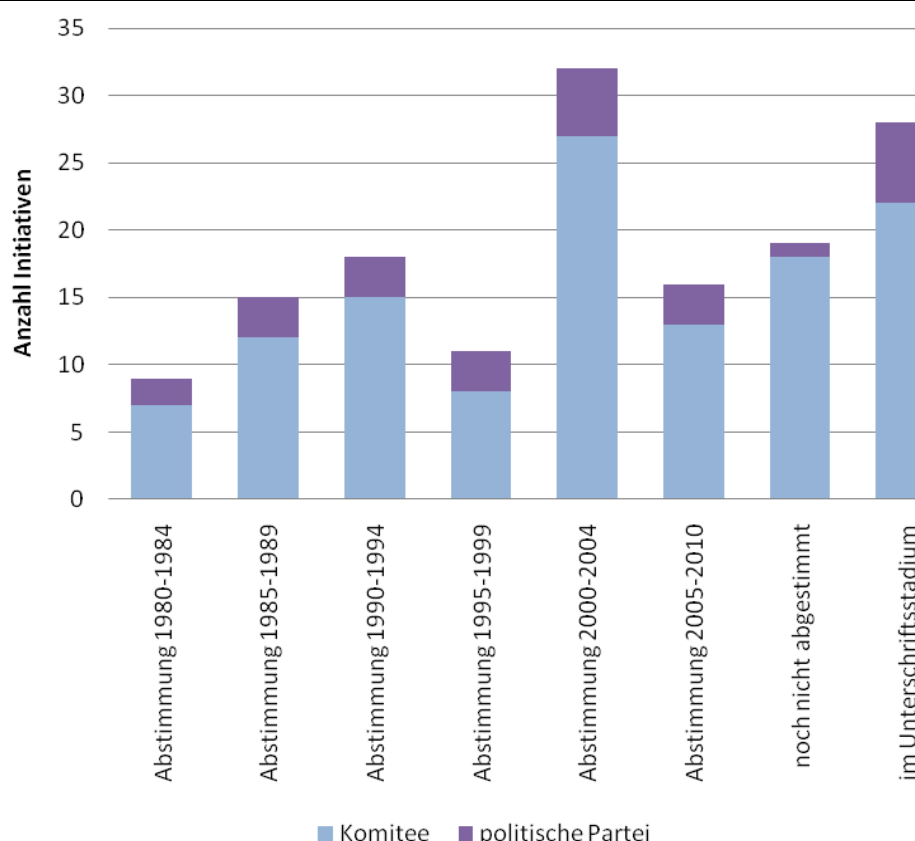
⁸ Schweizerische Bundeskanzlei (2011).

⁹ Linder (2005).

¹⁰ DRS 1 (2010).

¹¹ Gees (2011, Folie 11).

¹² Olson (2001).

Darstellung 2: Initianten von Volksinitiativen in der Schweiz 1980-2011

Quelle: Eigene Darstellung.

Wie auch der Verlauf der Zivildienstinitiativen, hat der historische Entscheid des Bundesrates Ende Mai 2011 für den Atomausstieg in der Schweiz¹³ einen langen politischen Prozess vor sich. Auch Jan Flückiger, als Mitbegründer der Grünliberalen (glp), die sich unter anderem gegen Atomenergie stark macht, freut diesen Entscheid. Die Grünliberalen (glp) betreibt wie die Grünen hauptsächlich grüne Politik (aktuelle Initiative ‚Energie- statt Mehrwertsteuer‘¹⁴).¹⁵ Ich möchte nun anhand des Atomausstiegs aufzeigen, inwiefern Initiativen das Interesse für dieses Thema geprägt haben. 1997 hat ein Komitee mit der Initiative ‚Zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen‘ das Thema erstmals aufgegriffen. Die Forderungen wurden mit 51% Nein-Stimmen abgelehnt. Es folgten zwei weitere erfolglose Initiativen. 1990 wurde erstmals ein Durchbruch erzielt. Die Initiative ‚Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)‘ wurde mit 54% angenommen und die Hoffnung, dass dies zum endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie führen werde, war gross. Es kam jedoch anders. 2003 folgten zwei weiter erfolglose Initiativen (66% und 58% NEIN-Stimmen). Am 16. März 2011 wurde das Thema dann plötzlich unumgänglich. Infolge eines Erdbeben und eines folgenden Tsunamis, wurden im nordöstlich von Tokio gelegenen Kernkraftwerk

¹³ Handelszeitung (2011).

¹⁴ Grünliberale (2011).

¹⁵ Flückiger (2011).

Fukushima radioaktive Stoffe freigesetzt. Die verheerenden Folgen erschüttern die ganze Welt. Der politische Prozess, der den Ausstieg aus der Atomenergie in der Schweiz fordert, wird stark beschleunigt. Die Bevölkerung ist verängstigt und dadurch bereit den Weg in eine saubere Zukunft zu beschreiten. Die Idee dafür war jedoch bereits vor mehr als elf Jahren aufgekommen. Der Verlauf der Atomenergiepolitik in der Schweiz ver- bzw. falsifiziert die Haupthypothese nicht eindeutig. Einerseits war das Thema über Jahre im öffentlichen Diskurs präsent, andererseits hat aber erst das tragische Ereignis in Japan die Gesellschaft und Politiker geprägt. Das Thema hat die Gesellschaft plötzlich nicht nur rational sondern auch emotional berührt.

Auch Cédric Wermuth ist der Meinung, dass politische Motivation über Emotionen geschürt wird. Er meint, dass die Ausschaffungsinitiative und Minarettinitiative der SVP, wegen ausländerfeindlichen Emotionen Erfolg hatten, die er nicht gutheisst.¹⁶ Auch Francesco Benini schreibt, dass die Definierung eines Sündenbocks der Missstände im Land, eine erfolgreiche Methode ist, die Leute emotional zu beeinflussen.¹⁷ Das neue SP-Parteiprogramm (Abschaffung Kapitalismus) nutzt nun ähnliche Mittel und formuliert Propagandasprüche wie „Abzocker machen unser Land kaputt“. Jedoch möchte Cédric Wermuth mit sozialpolitischen Aspekten Hoffnungsperspektiven schaffen und nicht Angst als Ziel der Politik sehen.¹⁸

4. Metakognitive Würdigung

Das Modul und dieser Bericht hat mich motiviert, die verschiedenen politischen Themen, die anhand von Initiativen an die Öffentlichkeit geraten, zu analysieren. Ich bin in der Folge der Meinung, dass jedes politische Engagement irgendwann gehört wird. Es braucht jedoch Hartnäckigkeit und Geduld, da es oft Jahrzehnte dauert bis es zu einer Wende kommt. Emotionale Aspekte und Aktualitäten beeinflussen das Tempo zum Erfolg. Ich möchte in Zukunft, wenn es die Zeit zulässt, eventuell politisch aktiv werden und einer Partei beitreten.

¹⁶ Wermuth (2011).

¹⁷ Benini (2010).

¹⁸ Wermuth (2011).

5. Deklaration

Die Länge des vorliegenden Textes beträgt 1'495 Wörter.

Ich bestätige, die vorliegende Arbeit selbständig verfasst zu haben. Sämtliche Textstellen, die nicht von mir stammen, sind als Zitate gekennzeichnet und mit dem genauen Hinweis auf ihre Herkunft versehen. Die verwendeten Quellen sind im Quellenverzeichnis aufgeführt.

Bern, 19. Juni 2011



Marietta Hochuli

6. Quellen

6.1. Referate

Flückiger, Jan (2011): Erfahrungen als Generalsekretär und Politiker, Vortrag für FH Wirtschaft und Verwaltung, Folien zum Vortrag, 07.04.2011, Bern.

Wermuth, Cédric (2011): Was machen drei neoliberale Ökonomen in einem dunklen Raum?, Oder was ist Neoliberalismus?, Folien zum Vortrag, 10.03.2010, Bern.

6.2. Modulunterlagen

Anderegg, Urs (2011): Beteiligung am Staat, Das Volk – Partizipation und deren Grenzen, Folien zur Vorlesung, 03.03.2011, Bern, Fachhochschule Wirtschaft und Verwaltung.

Blumer, Claudia (2011): Verkommt die Volksinitiative zum PR-Gag?, in: Reader Politische Prozesse (POLP), 04.01.2011.

Gees, Thomas (2011): Das soziale Dilemma, Folien zur Vorlesung, 28.04.2011, Bern, Fachhochschule Wirtschaft und Verwaltung.

Linder, Wolf (2005): Schweizerische Demokratie, Institutionen – Prozesse – Perspektiven (2. Auflage), Bern, Haupt Verlag.

Olson, Mancur L. (2001): Die Logik des kollektiven Handelns, in: Dehling, Jochen/Schubert, Klaus: Ökonomische Theorien der Politik, Wiesbaden, Gabler, S. 111-127.

6.3. Zusatzartikel

Benini, Francesco (2010): Kampagnen gegen Reiche und Ausländer lösen keine Probleme, in: NZZ, 24.10.2010, S. 43.

6.4. Internet

Bundesamt für Statistik (2011): Ergebnisse von Volksinitiativen, fakultativen und obligatorischen Referenden, Online: http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/03/blank/key/eidg_volksinitiativen.html (Stand: 13.02.2011).

DRS1 (2010): 15 Jahre kontrollierte Heroinabgabe in der Schweiz, 09.02.2010, Online: <http://www.drs1.ch/www/de/drs1/sendungen/kontext/5005.sh10119121.html> (Stand: 14.06.2011).

Grünliberale (2011): Eidgenössische Volksinitiative Energie- statt Mehrwertsteuer, Online: <http://www.grunliberale.ch/esm.htm> (Stand: 10.06.2011).

Handelszeitung (2011): Bundesrat beschliesst Atomausstieg, 25.05.2011, Online: <http://www.handelszeitung.ch/konjunktur/schweiz/bundesrat-beschliesst-atomausstieg> (Stand 30.05.2011).

Schweizerische Bundeskanzlei (2011): Volksinitiativen, Online: <http://www.bk.admin.ch/themen/pore/vi/index.html?lang=de> (Stand: 14.06.2011).